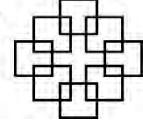


Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
25. Legislaturperiode

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



Zusammenstellung wichtiger Synodenbeschlüsse

Aus dem Strategiepapier (DS 15-25) sind auf der Herbsttagung der Landessynode am 22. November 2025 in Dessau-Roßlau folgende Beschlüsse hervorgegangen, die in dem vorliegenden Dokument gebündelt sind:

- Nachberufung der Jugendsynoden in den Sonderausschuss „Strategie Anhalt 2035“
- Zulassung des Strategiepapiers als Drucksache
- Entschließung zum Strategiepapier (enthält Kap. 1 bis 4 des Strategiepapiers)
- Beauftragung des Sonderausschusses zur Begleitung des durch das Strategiepapier angestoßenen Reformprozesses
- Beauftragung des Ausschusses Gesellschaft - Bildung - Kirchenentwicklung zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die kirchliche Jugendarbeit
- Beauftragung des Landeskirchenrats zur Erarbeitung eines kommentierten Stellenplans
- Beschluss zu Stellenbesetzungen, Verbeamtungen, Kreisoberpfarrstellen und künftigen multiprofessionellen Teams in den Verbünden
- Einsetzung und Beauftragung einer Verfassungskommission
- Beauftragung der Kirchenleitung zu Kooperationen mit anderen Landeskirchen
- Beauftragung der Kirchenleitung zur strategischen Ertüchtigung der Stiftung Evangelisches Anhalt
- Beauftragung der Kirchenleitung zur Installation eines zentralen Gebäude- und Grundstücksmanagements

Gliederung

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung | 5 |
| 1.1 Auftrag und Zukunft von Kirche | 5 |
| 1.2 Kirche im gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Kontext | 5 |
| 1.3 Zum Vorgehen des Papiers | 6 |
| 2. Vision | 8 |
| 3. Strategische Ziele | 9 |
| 3.1 Theologische und kulturelle Transformation | 9 |
| 3.2 Personelle und finanzielle Transformation | 11 |
| 3.3 Organisatorische Transformation | 12 |
| 3.3.1 Landeskirchliche Ebene: Verkleinerung und Zentralisierung | 14 |
| 3.3.2 Zukunftsähnige regio-lokale Strukturen | 16 |
| 3.3.3 Gebäude- und Grundstücksmanagement | 19 |
| 3.4 Kooperationen mit anderen Landeskirchen | 20 |
| 3.5 Stiftung Evangelisches Anhalt | 21 |
| 3.6 Offene Punkte | 22 |
| 4. Schlussgedanken | 23 |

1. Einleitung

1.1 Auftrag und Zukunft von Kirche

55 Als Kirche übernehmen wir Verantwortung für die Gestaltung des christlichen Glaubens in der sichtbaren Welt, um allen Menschen Begegnungen mit Gottes Welt zu ermöglichen. Damit kommen wir Gottes Auftrag nach. Indem Kirche dies tut, hat sie Anteil an der Gemeinschaft des Heiligen Geistes. Zugleich gehört sie mit allen ihren Gliedern und in ihrer ganzen Gestalt zur sichtbaren

60 Welt.

Der tiefen Wahrheit dieser Widersprüchlichkeit kommen wir nur näher, indem wir beide Seiten der Existenz von Kirche zusammendenken. Die Zukunft unserer Kirche kann daher nur angemessen gestaltet werden, indem ökonomische Entscheidungen an theologische Grundsätze gebunden bleiben.

65

1.2 Kirche im gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Kontext

Wir stellen fest, dass die Evangelische Landeskirche Anhalts mit einem extrem starken Mitgliederrückgang konfrontiert ist. Seit 2012, als sie noch rund 42.000 Mitglieder zählte, sind wir bis zum 1. Oktober 2025 auf nur noch

70 23.403 Mitglieder geschrumpft. Setzt sich diese Entwicklung fort, so prognostizieren wir bis zum Jahr 2035 einen weiteren Rückgang auf etwa 14.000 Mitglieder. Dieser hat unmittelbare finanzielle Implikationen: Bestenfalls würde, bei gleichbleibenden Ausgaben, bis 2035 das strukturelle Defizit des landeskirchlichen Haushalts 4,8 Mio Euro, schlechtestenfalls würde es 10,4 Mio Euro

75 betragen.

Diese Entwicklung stellt uns vor existenzielle Herausforderungen. Sie ist weniger auf demografische Faktoren wie den Rückgang der Geburtenrate oder die Altersstruktur der Gesellschaft zurückzuführen. Sie ist vor allem Ausdruck eines tiefgreifenden Bedeutungsverlustes der Kirche als öffentlicher Institution und als relevanten Akteurs im Leben der Menschen. Sehr vielen Menschen ist in einem generationsübergreifenden Prozess der Sinn für eine transzendenten Wirklichkeit abhandengekommen. Anderen ist nur die kirchliche Bindung verloren gegangen oder sehr brüchig geworden. Sie empfinden Kirche

nicht mehr als spirituelle Heimat oder verlässliche moralische Instanz. Diese
85 Prozesse sind in Mitteldeutschland besonders weit vorangeschritten.

Schauen wir auf unsere Kirche selbst, so erkennen wir eine erhebliche Dis-
krepanz zwischen ihren tradierten, staatsanalogen und oft kostenintensiven
Organisationsformen und ihrer eigentlichen Bestimmung. Unsere Kirche
braucht eine Rückbesinnung auf den ihr von Gott aufgegebenen - unverän-
90 derlichen - Auftrag, aber auch eine durchgreifende Anpassung ihrer - verän-
derlichen - Gestalt. Hier besteht besonders großer und besonders dringender
Handlungsbedarf.

Zugleich zeigen sich im kirchlichen Gesamtbild grundhafte Probleme: Litur-
gie, Musik und Sprache werden von Vielen als veraltet bzw. zu wenig adres-
95 satengerecht wahrgenommen und stehen oft nicht in Bezug zu den Ausdrucks-
formen und Kommunikationswegen der Gegenwart. Es muss gelten, Distanzen
zwischen der Kirche und der Kultur und den Lebensstilen der Gegenwart zu
verringern. Vor allem die spezifischen Perspektiven, Bedürfnisse und Interes-
sen jüngerer Menschen müssen besser berücksichtigt werden.

100 Im Umgang mit gesellschaftlichen und politischen Spannungsfeldern ist Kirche
aufgerufen, durch gelebte Glaubwürdigkeit zu wirken. Diese erwächst aus
zuhörender Präsenz und einer Haltung, die jedem Menschen unabhängig von
Orientierung oder Herkunft mit Respekt und Nächstenliebe begegnet. Auch
hier sehen wir Nachholbedarf.

105

1.3 Zum Vorgehen des Papiers

Mutig stellen wir uns diesen Herausforderungen, indem wir eine grundlegende
Reflexion kirchlichen Selbstverständnisses und kirchlicher Kultur sowie eine
grundhafte Erneuerung ihrer Organisationsstrukturen anstreben und letztere
110 in der Amtszeit dieser Synode bis spätestens 2030 umgesetzt haben wollen.

Doch Wort und Werk Jesu dürfen dabei nicht von uns in Dienst genommen
werden. Unsere Bemühungen dürfen nicht selbstbezogen sein, sondern müs-
sen in kritischer Distanz zur zeitlich-irdischen Gestalt von Kirche erfolgen.

Die Landeskirche, historisch gewachsen, nutzt die Kraft regionaler Zugehörigkeit, um Glaube vor Ort zu ermöglichen.

Mit dem vorliegenden Papier möchten wir zeigen, wie wir uns die Zukunft unserer Kirche vorstellen („Vision“), welche grundlegenden Herausforderungen und Entscheidungen wir dafür als zentral und dringend erachten („Strategische Ziele“). Aus ihnen leiten sich mittel-, aber auch kurzfristige Maßnahmen ab, die wir der Synode zum Beschluss vorlegen („Beschlussvorlagen“).

2. Vision

Die Evangelische Landeskirche Anhalts wird 2035 eine Kirche sein,

- die sich zum Evangelium von der freien Gnade Gottes in Jesus Christus 125 als dem alleinigen Grund von Kirche bekennt, sich nach ihm ausrichtet und sich in allen Bemühungen, es zu verkündigen, von Gott getragen weiß,
- die durch feierlichen Gottesdienst, gelebte, glaubwürdige Verkündigung, aktive Nächstenliebe und lebendige Gemeinschaft sichtbar und erlebbar 130 ist,
- mit der sich Menschen in Anhalt identifizieren und in der sie sich gern engagieren,
- die sich ihrer Geschichte und Gegenwart bewusst ist,
- die über effektive und effiziente Organisationsstrukturen verfügt und 135 - die in kritischer Distanz zu ihrer eigenen Existenz bereit ist, sich zugunsten ihres Auftrages eine andere Gestalt zu geben oder sich in einer anderen Gestalt selbst aufzugeben, ohne dabei den Identitätsbezug Anhalt verschwinden zu lassen.

Die Evangelische Landeskirche Anhalts verfügt 2035 über eine Organisation 140 und Kultur, die sich von ihrem staatskirchlichen Erbe gelöst hat. Sie konzentriert sich darauf, Kirche zu sein als eine Gemeinschaft, die der Mitteilung und Realisierung der Botschaft von der freien Gnade Gottes dient und die dort stattfindet, wo Menschen sich versammeln, um das Evangelium denkend und fühlend zu ihrer Glaubensüberzeugung zu machen und es handelnd um- 145 zusetzen. Die Landeskirchengemeinde ist eine Gestalt der geistgewirkten christlichen Gemeinschaft, die regelmäßig erfahren und gepflegt wird.

3. Strategische Ziele

3.1 Theologische und kulturelle Transformation

Eine direkte Umkehrung der demografischen und säkularen Trends scheint 150 uns unwahrscheinlich. Dennoch birgt eine klare theologische Positionierung das Potenzial, den Glauben und damit die Relevanz der Kirche in der Gesellschaft zu stärken. In einer Welt, in der Orientierung zunehmend schwerfällt, kann unsere Kirche mit einer konsistenten und lebensnahen Botschaft Resonanz finden. Indem wir aus unserem christlichen Auftrag heraus vor allem 155 Frieden, Gerechtigkeit, Selbst- und Nächstenliebe, Gewaltlosigkeit und Schöpfungsbewahrung authentisch leben und glaubwürdig kommunizieren, können wir die Lebendigkeit und Wirksamkeit der Kirche stärken. Die Kirche kann so ihre Rolle als wichtiger Anlaufpunkt für Dialog, Seelsorge und Reflexion festigen. Wir haben die Hoffnung, dass die Kirche neue Menschen gewin- 160 nen und ihre Qualität für sie erhöhen kann.

Hierfür ist ein grundlegendes Umdenken erforderlich, das über bloße organisatorische Anpassungen hinausgeht. Es bedarf einer bewussten theologischen Besinnung auf unseren evangelistischen Auftrag, einer Schärfung unseres kirchlichen Selbstverständnisses wie unserer landeskirchlichen Identität. Kirche 165 sollte sich weniger als ein durch bürokratische Strukturen und Verfahren geprägtes und von Hauptamtlichen getragenes Gebilde, sondern mehr als geistliche Bewegung begreifen. Sie darf sich nicht nur als Verwalterin von Tradition verstehen, sondern soll sich verstehen als lebendige Gemeinschaft, die aus dem Evangelium heraus handelt. Diese Botschaft soll und darf nicht 170 verändert werden. Vielmehr geht es darum, sich neu auf sie zu fokussieren, aus ihr wieder mehr Selbstbewusstsein zu schöpfen und sie gleichzeitig in einer Sprache, in kulturellen Ausdrucksformen und über Medien weiterzugeben, die Menschen heute erreichen.

In diesem Sinn sind wir verpflichtet, zielgruppenorientierte und zeitgemäße 175 Angebote zu entwickeln, die die Lebenswelten aller Altersgruppen aufgreifen. Dabei sollen Themen, Ausdrucksformen und Beteiligungsmöglichkeiten so gestaltet werden, dass sie authentisch ansprechen und zu freiwilligem Engagement einladen. Unsere Kirche soll vor allem die besonderen Bedürfnisse,

180 Ausdrucksformen und spirituellen Suchbewegungen junger Menschen als wesentlichen Bestandteil kirchlichen Lebens anerkennen. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen werden ermutigt, ihre Gemeindearbeit, Gottesdienstformen und Kommunikationswege so zu gestalten, dass junge Menschen sich mit ihren Lebenswirklichkeiten und Glaubensfragen darin wiederfinden und aktiv beteiligen können und wollen.

185 Die Gestaltung von Liturgie, Musik und Sprache ist regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Wir erkennen einen besonderen Bedarf an lebendigen, vom Geist erfüllten Gottesdiensten, vielfältigen Glaubenssorten und offenen Räumen für Spiritualität und Gemeinschaft, die Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen ansprechen.

190 Die Weiterentwicklung digitaler und hybrider Angebote für Glaubenskommunikation, Seelsorge und Gemeinschaft ist gezielt voranzutreiben. Diese Formate sollen qualitativ hochwertig, leicht zugänglich und interaktiv gestaltet sein, um Menschen unabhängig von Ort und Zeit zu erreichen.

195 Unterschiedliche Lebensrealitäten - insbesondere die von älteren oder in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen sowie die besonders herausfordern- den ländlichen Strukturen - sind bei allen Planungen zu berücksichtigen. Es braucht flexible, ortsnahen und barrierearme Angebote, die Teilhabe ermöglichen und Isolation vorbeugen.

200 Die unreflektierte Übernahme politischer Narrative birgt - nicht zuletzt in der augenblicklich zu beobachtenden gesellschaftlichen Polarisierung - die Gefahr, die Glaubwürdigkeit der Kirche zu untergraben. Es ist entscheidend, weniger eine belehrende, als vielmehr eine zuhörende und dialogbereite Haltung einzunehmen. Die Evangelische Landeskirche Anhalts soll als Leuchtturm des Glaubens und als sicherer Ort für Dialog und Seelsorge wahrgenommen 205 werden. Unsere parteipolitische Neutralität hat nicht Beliebigkeit zur Folge.

210 Sie röhrt aus der Verpflichtung, jedem Menschen mit Nächstenliebe zu begreifen. Unsere Kirche ist berufen, eine theologisch gegründete, politisch unabhängige Stimme zu sein, die im Geist des Evangeliums unmissverständlich für Frieden, Verständigung und den Schutz der Schöpfung eintritt. Sie sucht Versöhnung statt Konfrontation und weist der Diplomatie den Vorrang vor

militärischem Handeln zu. Sie setzt sich für soziale Gerechtigkeit als Ausdruck gelebter Nächstenliebe ein. So kann sie ein glaubwürdiges Zeichen der Hoffnung in unserer Gesellschaft setzen.

Die gesellschaftliche Relevanz von Kirche entsteht nicht durch ihre Größe, 215 ihr Vermögen und ihre politische Macht, sondern aus der Fähigkeit ihrer Glieder heraus, Menschen geistlich zu begleiten und ihnen Orientierung zu geben. Wir brauchen eine Sprache, die berührt, einlädt und verbindet. Kirche muss für alle Menschen als ein durch die Verkündigung des Evangeliums klar unterscheidbarer Ort echter, verändernder Begegnung erfahrbar sein.

220

3.2 Personelle und finanzielle Transformation

Kirche als Zusammenkunft von Gläubigen ermöglicht ehrenamtliches Engagement und ist zugleich darauf angewiesen. Glieder unserer Kirche sind nicht nur Empfangende, sondern immer auch Mitgestaltende. Es ist der Glaube, der 225 Menschen verkündigend, Gottesdienst feiernd und den Mitmenschen dienend handeln und so Kirche in Gemeinschaft werden lässt. Hauptamtliches Handeln soll dem dienen. Es wird darauf ankommen, diese Vorstellung in den Gemeinden weiter zu beleben und zu praktizieren. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen kirchlicher Arbeit so zu verändern, dass negative Erfahrungen eh- 230 renamtlicher Arbeit minimiert werden.

Aufgrund der gegenwärtigen demographischen, politischen und ökonomischen Entwicklung entscheiden wir uns dafür, die Zahl der hauptamtlichen Stellen - sowohl im Pfarr-, als auch im Verkündigungs- und Verwaltungsdienst zu reduzieren. Es ist zudem als eine Frage des Anstands gegenüber den Ge- 235 berkirchen im Kirchenfinanzausgleich anzusehen, die Zahl der Gemeindeglieder pro Pfarrperson (Pastorationsdichte) in Anhalt mit 611 nicht weiterhin so deutlich unter derjenigen anderer Landeskirchen (nach unserer Kenntnis EKHN 1.600, Bayern 1.980; die Nordkirche strebt künftig wohl 2.000 bis 2.250 an) zu belassen. Priorität bei allen Umstrukturierungs- und Kürzungsmaßnahmen muss die kirchliche Arbeit in den Gemeinden haben, weil sie das größte 240 missionarische Potenzial aufweist.

Die Notwendigkeit, das Ehrenamt in der Kirche stärker zu profilieren und ihm in Relation zur Gesamtheit kirchlicher Aufgaben mehr Verantwortung zuzuweisen, steht im Konflikt mit den abnehmenden Mitgliederzahlen. Nicht zu 245 letzt die Erfahrung aus den Gemeindekirchenrats-, Kreis- und Landessynodenwahlen der letzten Jahre zeigt, dass auch die Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in der Kirche, insbesondere in ihren Gremien, erheblich zurückgeht.

Die Erneuerung und Anpassung von landeskirchlichen Organisationsstrukturen 250 muss daher auch auf eine Entlastung der ehrenamtlich Mitarbeitenden, vor allem von Gremienarbeit, zielen. Ergänzend dazu sollen Möglichkeiten für neues, kreatives, selbstverantwortetes freiwilliges Engagement eröffnet werden.

255 3.3 Organisatorische Transformation

Wir empfinden eine immer weiter zunehmende Diskrepanz zwischen dem auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Auftrag und der aus einer abgeschlossenen Vergangenheit stammenden Organisation unserer Kirche. Diese geht im Wesentlichen auf die Zeit vor 100 Jahren und damit gesellschaftliche, politische und kulturelle Bedingungen zurück, die mit den heutigen nur noch wenig gemein haben. Im Vergleich zum Jahr 1929, als der Freistaat Anhalt 319.129 evangelische Einwohner zählte und die 1918 selbständig gewordene Landeskirche über 172 Pfarrstellen verfügte, sind heute mit etwas über 23.000 nur noch ca. 7 Prozent der damaligen Zahl von Menschen Mitglied der Landeskirche - mit aktuell 23,5 Gemeindepfarrstellen. Damals gab es eine Volkskirche in einer evangelisch geprägten, heute sind wir eine Minderheitskirche in einer säkularen Gesellschaft. 265

Dennoch hat sich die in der 1919 in Kraft getretenen Verfassung und weiteren kirchlichen Gesetzen konservierte Aufbau- und Ablauforganisation der Landeskirche im Vergleich zu damals fast nicht geändert: Zahl und Größe der Leitungsgremien - Landessynode, Landeskirchenausschuss bzw. (seit 1993) Kirchenleitung und Landeskirchenrat - wie auch der Institutionen auf der mittleren Ebene - Kirchenkreise mit Kreisoberpfarrätern, Kreiskirchentagen

bzw. (seit 1951) Kreissynoden und weiteren Institutionen - sind in etwa 275 gleichgeblieben. Schließlich hat auch die Zahl der Gemeinden mit 125 im Jahr 2024 im Vergleich zu 140 im Jahr 1936 kaum abgenommen, im Gegensatz zu ihrer Größe. Diese ist zum Teil bis an die Grenze der Arbeits- und Lebensfähigkeit der Gemeinden (zum Teil schon darüber hinaus) zurückgegangen. 60 Gemeinden haben nur noch zweistellige Mitgliederzahlen, 26 davon weniger 280 als 50 Mitglieder. Die innere Organisation auch der kleinsten Gemeinde folgt den 1919 etablierten, elaborierten Rechtsnormen für grundrechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts, durch welche besondere Autonomien, aber auch erhebliche Pflichten begründet werden.

Diese in Relation zur Mitgliederzahl der Landeskirche wie der Gemeinden viel 285 zu umfangreiche Organisation bindet zu viele Ressourcen. Zu viel Zeit, Geld und zu viel Arbeitskraft müssen in verwaltende Tätigkeiten investiert werden, anstatt in religiöses Handeln fließen zu können. Für den Inhalt und die Attraktivität ehrenamtlichen Engagements hat dies besonders negative Folgen. Auch die mit den veralteten Strukturen verbundenen Mehrausgaben zu 290 verringern, stellt gegenüber zahlenden Geschwisterkirchen, die selbst sparen und Strukturen verändern müssen und dies oft deutlich stärker als wir bereits getan haben, ein dringendes geistlich-soziales Gebot dar.

Den institutionellen Beharrungskräften der landeskirchlichen Organisation müssen wir als Synode in einer gemeinsamen Kraftanstrengung entgegentreten. Die Organisationsstrukturen sind auf allen Ebenen nicht nur zu optimieren, sondern bis zum Ende der laufenden Legislatur grundhaft zu erneuern. Einzelnen punktuellen, vor allem aus finanziellen Gründen kurzfristig (2025/26) nötigen Maßnahmen sind mittelfristig systematische, gut geplante Reformen hinzuzufügen, deren Gerüst eine neue Kirchenverfassung bilden 300 soll. Sie muss am Ende dieser Legislatur (Frühjahr 2030) ebenso verabschiedet und umgesetzt sein wie alle weiteren dazu nötigen Gesetze. Für beide Zielhorizonte (kurz- und mittelfristig) sind im Folgenden auf drei Feldern Eckpunkte formuliert.

305 3.3.1 Landeskirchliche Ebene: Verkleinerung und Zentralisierung

- Zur nächsten Legislatur soll die Landessynode deutlich verkleinert und das Verfahren zur Wahl ihrer Mitglieder und deren Stellvertreter vereinfacht werden. Anders als bisher sollen künftig auch kirchliche Einrichtungen und Werke über insgesamt ein oder zwei Vertreter auf der Synode repräsentiert sein.
- 310 Außerdem ist ein fester Tagungsort mit einem geringeren organisatorischen und logistischen Aufwand sowie niedrigeren Kosten nötig. Ein landeskirchliches Zentrum, das synodale und bürokratische Funktionen erfüllt und der Landeskirchengemeinde einen identifikatorischen Gottesdienstraum bietet, wird als zielführend erachtet.
- 315 Die permanenten Leitungsorgane sind wie die Zahl und die Befugnisse der hauptamtlich Leitenden zu verkleinern. De facto nimmt die Kirchenleitung seit Jahren wenig Einfluss auf Leitungsentscheidungen jenseits der Synodentagungen; sie überlässt sehr viel Grundsätzliches dem Landeskirchenrat, der nur aus Hauptamtlichen besteht und vielen als das eigentliche Leitungsgremium der Landeskirche erscheint. Anstelle eines konsistorialen Kollegiums mit drei bis fünf Hauptamtlichen (Landeskirchenrat) und eines konsistorial-synodalen Mischgremiums mit zu diesen hinzutretenden fünf Ehrenamtlichen (Kirchenleitung) soll es nur noch eine Entscheidungsinstanz geben, bestehend aus zwei Hauptamtlichen und drei Ehrenamtlichen (Kirchenleitung).
- 325 Die bisher bei den Kreisoberpfarrern liegenden bischöflichen Kompetenzen (v.a. Ordination und Visitation) werden in einem personalen Leitungsamt gebündelt, dessen Inhaber weiter Kirchenpräsident(in), aber auch Landesoberpfarrer(in) oder Bischof bzw. Bischöfin heißen könnte. In einer sich immer stärker säkularisierenden Gesellschaft sollte der Titel auch kirchenfernen Menschen leicht verständlich sein. Von der Synode für die Dauer einer Legislatur gewählt, kommt dem Kirchenpräsidenten die Außenvertretung der Landeskirche zu. Die Synode wählt für den gleichen Zeitraum außerdem die Leitungsperson des Landeskirchenamts, welche vor allem wirtschafts- oder sozialwissenschaftliche Kompetenzen aufweisen sollte. Für beide muss außerdem je ein(e) Stellvertreter(in) für längere Vakanzen bestimmt werden. Kirchenpräsident und Kirchenamtsleiter(in) sind die beiden hauptamtlichen

Mitglieder der Kirchenleitung, zu der automatisch das Präsidium der Synode gehört. Den Vorsitz hat der Kirchenpräsident inne. Die Kirchenleitung soll ein- bis zweimal im Monat tagen. Bisher dem Landeskirchenrat zugewiesenen 340 Kompetenzen gehen an sie über.

Zur Umsetzung ihrer Beschlüsse steht der Kirchenleitung das Landeskirchenamt zur Verfügung. Das Dezernatssystem darin wird beendet. Die dortigen Abteilungsleiter(innen), darunter ein(e) im Kirchenrecht bewanderte(r) Justiziar(in), werden von der Kirchenleitung angestellt. Kirchenpräsident, Kir- 345 chenamtsleiter und Abteilungsleiter wirken bei der Leitung des Landeskirchenamts in einem Kollegium zusammen, das sich unter dem Vorsitz des Kirchenamtsleiters einmal wöchentlich trifft.

Das Landeskirchenamt wird zu einer landeskirchlichen Servicestelle ausgebaut. Die Zahl der Kirchengemeinden wird abnehmen; zugleich bleibt aber 350 die Zahl der Immobilien und Grundstücke gleich hoch. Bürokratische Aufgaben sollten daher so weit wie möglich zentralisiert werden, damit die ehrenamtlich Engagierten wie auch die hauptamtlich Mitarbeitenden in den Gemeinden entlastet werden.

Um auch das Gehalt der Leitungsgremien der Größe unserer Landeskirche an- 355 zupassen, ist zu prüfen, inwieweit ein genereller Ausstieg aus öffentlich-rechtlichen Gehaltsstrukturen möglich und praktikabel ist. Ein möglichst geringes Gehaltsgefälle innerhalb der Hierarchie des Landeskirchenamts wird angestrebt. Bei den Finanzen ist auf Generationengerechtigkeit zu achten.

3.3.2 Zukunftsfähige regio-lokale Strukturen

- 360 Eine Vergrößerung von Gebieten, in denen sich Gemeinschaften von Gläubigen bilden, ist angesichts des Mitgliederschwundes ohne Frage unabdingbar. Nur aus größeren Gemeinschaften mit vereinten Kräften und deutlich weniger Gremien heraus werden wir noch Kirche sein können. Kirchengebäude werden auch weiterhin wichtige Identitätssymbole sein, aber in der Regel werden
- 365 Gemeinden über mehrere Kirchen verfügen. Auch die kirchlichen Verwaltungseinheiten werden entsprechend weiter wachsen. Das anhaltische Verbundsystem folgt dieser Notwendigkeit und hat größere Bezugsräume auf beiden Ebenen bereits Realität werden lassen. Allerdings kann dieses System aus unserer Sicht nur eine Zwischenlösung sein, weil die finanzierte Zahl der
- 370 Mitarbeitenden in den multiprofessionellen Teams bis 2035 noch weiter schrumpfen und die Größe ihrer Gebiete noch weiter wachsen wird. Zugleich besteht ein großer Nachteil des jetzigen Systems in dem Aufwuchs an Gremienarbeit dadurch, dass der Verbundsgemeinderat zusätzlich zu den Gemeindekirchenräten eingeführt wurde. Ehrenamtliche und Hauptamtliche fühlen
- 375 sich dadurch zunehmend überfordert. Die Abgrenzung der Verwaltungsaufgaben zwischen Kirchengemeinden, Verbund und Landeskirchenamt ist zudem unscharf, missverständlich und hat die erwarteten Einsparungen auf landeskirchlicher Ebene bisher nicht realisiert. Das Verbundsystem sollte daher ohne Evaluation eingestellt werden.
- 380 Auf die mittlere Ebene - die Kirchenkreise - kann und muss verzichtet werden. Ihre Kosten, vor allem beim Personal, liegen bei derzeit ca. 355.000 EUR p.a.; sie würden bis 2035 um weitere 100.000 EUR anwachsen. Durch den Wegfall der Kreissynoden wird sich auch die Gremienarbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen verringern. Das synodale Element der Kirchenkreise geht in der Lan-
385 dessynode auf.
- Bereits kurzfristig sind hier die Personalkosten einzusparen: Spätestens mit dem ersten Ruhestandseintritt eines Kreisoberpfarrers bzw. einer Kreisoberpfarrerin (voraussichtlich 2028) wird das Kreisoberpfarrsystem beendet. Auch die Sekretariate der Kreisoberpfarrämter werden nicht mehr besetzt. Hier
390 sind sozial verträgliche Regelungen zu treffen.

Auch im Bereich der Kirchenmusik ist analog die Kirchenkreisstruktur mit dem nächsten Ruhestandseintritt eines Kreiskirchenmusikwartes (voraussichtlich 2027) aufzulösen. Die Kreissynoden sollen bis zum Ende der jetzigen Legislatur fortbestehen, und auch die Pfarr- und Gesamtkonvente der Kirchenkreise

395 sollen dort, wo sie noch in Übung sind, bis dahin noch zusammentreten.

Der Wegfall der Kreissynoden hat Auswirkungen auf das Zustandekommen und die Zusammensetzung der Landessynode, die ehedem neu zu regeln sein wird. Indem auch die monatlichen Kreisoberpfarrersitzungen wegfallen, wird es im hauptamtlichen Bereich an einer Institution fehlen, die die Verbindung zwischen der Fläche und der Zentrale herstellt, und mit dem mittelfristigen Wegfall von Konventen auf Kreisebene würde eine Institution der Vergemeinschaftung und des Austauschs unter den Hauptamtlichen fehlen. In der neuen Organisationsstruktur sollten daher - quartalsweise - regelmäßige Versammlungen der im Gemeindedienst Mitarbeitenden der ganzen Landeskirche in-405stitutionalisiert werden. Zusätzlich können sich Mitarbeitende bei Bedarf monatlich regional treffen. Auch eine regelmäßige Einladung der Vertreter der Gemeindekirchenräte durch die Kirchenleitung oder das Kollegium im Landeskirchenamt ist denkbar.

Wie die Landeskirche, so sind auch die Kirchengemeinden seit Inkrafttreten 410 der Weimarer Reichsverfassung Körperschaften des öffentlichen Rechts. Dieser durch staatlichen Hoheitsakt bewirkte Status gewährt der Kirche (wie anderen Religionsgemeinschaften auch) ein hohes Maß an Autonomie im und gegenüber dem Staat. Er dient der möglichst weitgehenden Realisierung von Religionsfreiheit.

415 Zugleich ist festzustellen, dass den mit diesem Status verbundenen Rechten, wie der Vertrags-, Eigentums- und Dienstherrenfähigkeit, der Satzungs- und Abgabenhoheit, immer auch Pflichten korrespondieren: formalisierte Verfahren der Willensbildung und der Außenvertretung, Arbeitgeber- und Fürsorgepflichten, Verkehrssicherungspflichten, Grundstücksverwaltung, Kasse und 420 Haushaltsführung etc. Je kleiner eine Gemeinde wird, desto schwieriger wird es für sie, diesen Pflichten nachzukommen. Für die Identität einer Kirchengemeinde wie ihre Handlungsfähigkeit in Bezug auf ihren Zweck ist der Status

als Körperschaft des öffentlichen Rechts indes keine notwendige Bedingung. Seiner ledig, würde die Belastung der Haupt- und vor allem Ehrenamtlichen 425 deutlich verringert werden; zugleich könnten sich die Kirchengemeinden im Rahmen einer größeren Körperschaft des öffentlichen Rechts einer gleichbleibend gesteigerten Rechtsmacht bedienen.

Wie bereits in anderen Landeskirchen, darunter unsere Pfälzer Partnerkirche, geschehen, soll daher so bald als möglich ein Weg gegangen werden, der zwischen 430 Körperschaften des kirchlichen und des öffentlichen Rechts differenziert. Den Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen in der Landeskirche nur noch fünf große Gebietsgemeinden erhalten, die den heutigen Kirchenkreisen entsprechen. Alle in deren Gebiet liegenden Ortsgemeinden werden künftig durch landeskirchlichen Hoheitsakt als Körperschaften des 435 kirchlichen Rechts eingestuft und organisiert. Mit ihnen bleibt der lokale Identitätsbezug bestehen; die Institutionen ihrer Willensbildung und Vertretung sollen aber auf ein möglichst wenig formalisiertes Minimum beschränkt sein. Den Gebietsgemeinden ist größtmögliche Souveränität einzuräumen. Sie verwalten sich im Rahmen ihrer Budgets und synodaler Beschlussfassungen 440 weitestgehend selbst.

Nur auf der Ebene der Gebietsgemeinden sollen Gemeindekirchenräte mit vergleichbaren Verantwortlichkeiten wie bisher weiter bestehen. Die Ortsgemeinden sollen angemessen darin vertreten sein. Die Bündelung von Verwaltungskompetenzen im Landeskirchenamt und in den fünf Pfarrämtern, die für 445 die Gebietsgemeinden zuständig sind, soll zur Einsparung von Kosten führen.

Um die Lücke, die durch den Wegfall der Kirchenkreise für unsere regio-lokale Identifikation entsteht, zu kompensieren, ist die Ansiedlung der Gebietsgemeinden in Ballenstedt, Bernburg, Köthen, Dessau und Zerbst sinnvoll. Wo bis jetzt die Kirchenkreise (zumindest dem Namen nach) ihren Mittelpunkt 450 hatten, sollen dann die Gebietsgemeinden ihren Sitz haben. Diese fünf sollen mittelfristig die Funktion der jetzigen Kirchengemeinden- und Mitarbeitendenverbünde mit ihren multiprofessionellen Teams erfüllen.

3.3.3 Gebäude- und Grundstücksmanagement

455 a) Gebäude

Es ist nicht mehr möglich, auf Dauer alle Gebäude zu bewirtschaften und zu erhalten. Die finanziellen und personellen Ressourcen reichen dazu nicht mehr aus. Die Entscheidung, welche Gebäude nicht mehr unterhalten und bewirtschaftet werden, liegt bei den Menschen vor Ort. Sie muss innerhalb 460 der Gemeinde getroffen werden. Der Erhalt von Gebäuden soll möglichst geringe negative Auswirkungen auf die sachliche und personelle Ausstattung der Gemeinarbeit haben.

Zur Umsetzung eines nachhaltigen Gebäudekonzeptes bedarf es eines kurzfristigen synodalen Auftrags, der noch im Rahmen der bestehenden Organisationenstrukturen zum Tragen kommen, aber die neuen (Wegfall der Verbünde und Kirchenkreise, stattdessen Gebietsgemeinden) schon antizipieren soll. Die Planung muss innerhalb der Verbünde und Regionen bis zum Mai 2026 und in den Kirchenkreisen bis zum November 2026 erfolgen.

Grundlage des Gebäudekonzeptes sollte ein in anderen Landeskirchen bereits 470 mit Erfolg eingeführtes „Ampelsystem“ sein, das wie folgt aussehen könnte:

„Grün“ klassifiziert werden Gebäude, die weiterhin als Versammlungsort dienen und von der Landeskirche durch die Baubehilfe unterstützt werden. Wir rechnen hier mit Größenordnungen von künftig in etwa je einer Kirche und einem Gemeindehaus pro jetzigem Verbund.

475 Für die Auswahl der Gebäude sollten möglichst Kriterien gelten wie:

- Nutzbarkeit (Raumgröße, baulicher Zustand),
- Barrierefreiheit,
- Erreichbarkeit (ÖPNV),
- Parkmöglichkeiten,
- Energieeffizienz und
- angemessene Sanitär- und Wirtschaftsräume.

„Gelb“: Bei Gebäuden dieser Klassifizierung hängt der Erhalt des Gebäudes vor allem vom Engagement der Menschen vor Ort ab. Eine Baubehilfe der Landeskirche wird für diese Gebäude nicht mehr gewährt, die Gemeinden

485 sind selbst verantwortlich. Die Nutzung vielfältig vorhandener Fördermöglichkeiten sowie Nutzungsvereinbarungen können dabei helfen.

„Rot“: Die Menschen vor Ort haben bei Gebäuden dieser Einstufung entschieden, diese nicht mehr für gemeindliche oder kirchliche Zwecke zu unterhalten und zu nutzen und können diese für eine Nutzung durch Dritte freigeben.

490 Die Landeskirche unterstützt die Verwertung (langfristige Verpachtung/Verkauf) dieser Gebäude. Hierbei soll die Möglichkeit bestehen, im Einzelfall auf Erbbaupacht zu verzichten, um die Verwertung nicht zu gefährden.

b) Grundstücke

Alle Grundstücke im Eigentum der Gemeinden, die dem Kirchenvermögen zu 495 geordnet sind (nicht dem Pfarrvermögen), können veräußert werden, wenn die Kosten für Verwaltung und Betreuung die Miet- und Pachteinnahmen langfristig übersteigen. Große Grundstücke, auf denen gemeindliche Gebäude stehen, können teilweise veräußert werden, wenn die Einnahmen in gemeindliche Gebäude investiert werden. Um Gebäude der Kategorie „grün“ und 500 „gelb“ zu unterhalten, können Grundstücke veräußert werden.

Für die Verwaltung der Friedhöfe und Grundstücke werden entweder, analog zur Waldgemeinschaft, zwei Rechtsträger gegründet, von denen alle kirchlichen Friedhöfe und/oder Liegenschaften verwaltet werden, oder sie werden in der zu profilierenden landeskirchlichen Servicestelle (Landeskirchenamt) 505 verwaltet. Im Hinblick auf die Friedhöfe sollen auch die Kommunen in die Pflicht genommen werden.

3.4 Kooperationen mit anderen Landeskirchen

Keine Landeskirche kann und soll alle Aufgaben von Kirche allein erfüllen.

510 Für Anhalt ist die Verbundenheit mit anderen Landeskirchen zur gemeinsamen Erfüllung von Aufgaben schon seit Jahrzehnten Realität, z.B. bei der Vikars- und Prädikantenausbildung. Im laufenden Transformationsprozess kommt es für alle Landeskirchen darauf an, Provinzialismus zu vermeiden: Sie sollten permanent Erfahrungen austauschen, für übergreifende Aufgaben

515 „gemeinsame Landkarten“ entwerfen und insbesondere für den kulturellen Wandel von Kirche gemeinsam eine Strategie erarbeiten.

Kirchenpolitisches und kirchenleitendes Handeln soll entsprechend im Kontakt mit anderen Landeskirchen auf solche Kooperationen, ihre Erweiterung und Vertiefung hin ausgerichtet werden. Dies betrifft Haupt-, aber auch Ehrenämter, hier z.B. Aufgaben von Synodalausschüssen und Kammern mit landeskirchenübergreifenden Themenfeldern.

520 Da die Landeskirche in kritischer Distanz zu ihrer eigenen Existenz und der darin liegenden Gefahr von Selbstherrlichkeit agiert, ist sie auch bestrebt, durch solche Kooperationen in die Lage versetzt zu werden, mit einer oder 525 mehreren Nachbarkirchen zu fusionieren.

3.5 Stiftung Evangelisches Anhalt

2010 hat die Landeskirche die Stiftung Evangelisches Anhalt gegründet. Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts und der Landeskirche 530 insbesondere über ihren Stiftungszweck, die Verwirklichung gemeindlicher und kirchlicher Zwecke, sowie die Besetzung des Kuratoriums eng verbunden.

In Zeiten zunehmender politischer Unsicherheit für die Kirche kann die Rechtsform der Stiftung ein Instrument der Zukunftssicherung der Landeskirche sein: Sie könnte jene Institution sein, die im Falle einer Fusion der Landeskirche - gewissermaßen ihrem Namen folgend - allein in die Nachfolge bei 535 der Sicherung anhaltisch-evangelischer Identität eintritt. Für beide Perspektiven sind materielle und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Die Form der Stiftung scheint uns auch bei der dringend notwendigen Gewinnung von Drittmitteln eine Erleichterung zu sein. Die Zuwendungen aus dem inneren evangelischen solidarischen Finanzausgleich werden stark abschmelzen, und staatliche Zuwendungen sind bedroht. Mit Entsetzen haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Kirche seitens der Landesregierung nicht mehr als Kulturträgerin eingestuft und daher im neuen Kulturfördergesetz des Landes Sachsen-Anhalt mit keinem Wort erwähnt wird.

3.6 Offene Punkte

Einigen kirchlichen Handlungsfeldern konnten wir uns im vorliegenden Papier nicht eigens widmen. Wir erachten es aber als unabdingbar für die Zukunft unserer Kirche, auch sie unter strategischen Gesichtspunkten in den Blick zu 550 nehmen, sprich ihre künftige Funktion und Bedeutung für die Kirche ebenso wie ihre Gestalt und organisatorische Anbindung zu klären. Im Einzelnen handelt es sich um:

- 555 a) die Grundschulen in Trägerschaft der Landeskirche,
- b) die Kindergärten in Trägerschaft von Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen,
- c) sonstige kirchliche Werke und Einrichtungen (unter anderem: Anhaltische Bibelgesellschaft, Anhaltische Diakonissenanstalt, Cyriakushaus, Frauenarbeit, Gustav-Adolf-Werk, Kirchenchorwerk, Posaunenwerk) und
- 560 d) die kirchlichen und kirchennahen Stiftungen (unter landeskirchlicher Stiftungsaufsicht).

4. Schlussgedanken

Unser Glaube lehrt uns Demut und Hoffnung. Wir können die Zukunft nicht vorhersehen. Wir können nur in ganz begrenztem, irdischem Maße unsere Ge-
565 genwart gestalten, wissend, dass unser Tun immer Stückwerk bleiben muss, und hoffend, dass es mit Gottes Hilfe gut wird.

Wir wollen weiterhin in Anhalt Gottes Auftrag nachkommen und Kirche ge-
stalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Veränderungen auf den Weg
bringen - und zwar sehr schnell und sehr umfangreich! Wir reagieren damit
570 nicht nur auf äußere Einflüsse, sondern auch darauf, dass wir uns als Kirche
zu lange zu wenig verändert haben. Unveränderlich ist Gott, unveränderlich
sind seine Verheißenungen - und damit der Gegenstand und das Ziel unserer
kirchlichen Bemühungen. Um dem auch unter veränderten Bedingungen ge-
recht zu werden, müssen wir uns bewegen.

575 Wir sind von der Frühjahrstagung der Landessynode als Sonderausschuss mit
der Erarbeitung des Strategiepapiers beauftragt worden. Diesem Auftrag ha-
ben wir uns mit unseren begrenzten Mitteln, aber mit großer Hingabe und vor
allem großer Einmütigkeit gewidmet. Immer wieder haben wir es im teils
580 auch kontroversen Austausch der Meinungen als Gnade und Geschenk erlebt,
dass wir uns „eins“ machen konnten. Dabei haben wir uns wie beauftragt mit
dem Landeskirchenrat sowie mit dem Finanzreferenten des Landeskirchen-
amts abgestimmt. Außerdem haben wir über mehrere Sitzungen die beiden
Jugendsynoden zu unseren Beratungen hinzugezogen. Ihr Beitrag an diesem
Papier ist nicht unerheblich. Sie haben es daher mit unterschrieben. Wir
585 schlagen vor, beide Brüder nachträglich zu Mitgliedern des Sonderausschusses
zu berufen. Auch der Präses und die Justiziarin haben uns mit ihrem Rat zur
Seite gestanden.

Dieser Text ist unvollkommen. Aber wir wissen: Es muss etwas geschehen.
Daher haben wir versucht, grundlegende Probleme zu benennen und Lösungs-
590 wege aufzuzeigen.

1. Wir wollen eine kirchliche Identität, für die die Kennzeichen evangelisch,
ehrenamtlich und anhaltisch im Vordergrund stehen. Dazu müssen wir uns
theologisch in aller Klarheit auf unseren biblisch formulierten Auftrag

besinnen, aber auch unsere Bemühungen verstärken, Menschen, vor allem 595 jüngeren Alters, zu erreichen. In diese Zielvorstellungen müssen wir als Ausschuss, als Synode, als Landeskirche in den nächsten Monaten noch mehr investieren.

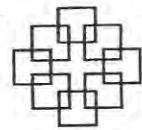
2. Unsere Kirche muss ab sofort die Anzahl ihrer Stellen auf ein zukunftsähiges Maß reduzieren und bei ihrer Besetzung und Beschreibung neue Prioritäten setzen. Hauptamt soll Ehrenamt als das eigentliche Rückgrat von Kirche 600 unterstützen und begleiten. Oberste Priorität hat die Gemeindearbeit.

3. Unsere Kirche muss ihre Organisationsstrukturen so verändern, dass sie deutlich weniger Ressourcen binden. Das bedeutet vor allem, die Leitungsgremien zu verkleinern, die Kirchenkreise aufzulösen sowie die Anzahl von 605 Gemeinden als Körperschaften des Öffentlichen Rechts und von Kirchengebäuden als zu erhaltenden Versammlungsorten drastisch zu verringern.

4. Unsere Kirche soll mehr Kooperationen mit anderen Kirchen wagen und auch Fusionen in Erwägung ziehen.

5. Sie soll ihre Stiftung Evangelisches Anhalt für die Zukunft ertüchtigen.

610 Die Kirche als zeitlich-sichtbares Gebilde muss rechnen - mit Kennzahlen und mit dem Ziel, handlungsfähig und präsent zu bleiben, auch gegen finstere Mächte. Das tun wir im vorliegenden Papier. Rechnen aber sollen wir vor allem mit Gott. Er ist es nämlich, der Herzen brennen lassen wird, wann es ihm gefällt (Jer 20,9). Er ist es, der uns eine Türe auftun wird, um das Geheimnis 615 des Glaubens in und aus uns heraus offenbar werden zu lassen, auch in Fesseln, wann es ihm gefällt (Kol 4,3-4). ER hat es in der Hand. Jeden Tag aufs Neue dürfen wir hoffen, dass ER sich zeigen, dass ER alles zum Guten wenden wird, wann und wie es IHM gefällt.



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

den Sonderausschuss „Strategie Anhalt 2035“ zu beauftragen, den gesamten weiteren Reformprozess bis zum Ende der Legislaturperiode zu begleiten und auf Grundlage der vorliegenden Analyse bis zur Herbsttagung der Synode 2026 Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die insbesondere folgende Bereiche berücksichtigen:

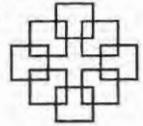
- Schärfung des geistlichen Profils und glaubwürdige Kommunikation der kirchlichen Kernwerte,
- Weiterentwicklung von Liturgie, Musik und Sprache, um die Botschaft des Evangeliums in den Ausdrucksformen und über die Kommunikationswege der heutigen Zeit zu vermitteln,
- Ausbau und qualitative Verbesserung digitaler und hybrider Formate für Glaubenskommunikation und Gemeinschaft,
- Stärkung und Qualifizierung des Ehrenamts durch erweiterte Mitgestaltungsmöglichkeiten in Gottesdiensten, Gremien und geistlichen Prozessen sowie durch gezielte Begleitung und Unterstützung ehrenamtlich Engagierter,
- Maßnahmen zur Wahrung der politischen Unabhängigkeit bei gleichzeitiger klarer Positionierung für Frieden, für Versöhnung, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präsident der Landessynode

Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
6. Tagung - 25. Legislaturperiode
20. bis 22. November 2025 in Dessau-Roßlau

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

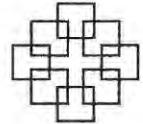
die Jugendsynoden Tim Borowski und Linus Tiefenau nachträglich zu Mitgliedern
des Sonderausschusses „Strategie Anhalt 2035“ zu berufen.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode

Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
6. Tagung - 25. Legislaturperiode
20. bis 22. November 2025 in Dessau-Roßlau

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

den Text „Anhalt 2035. Reflexionen und Beschlussvorlagen für die Zukunft unserer Kirche“ als Drucksache gem. § 6 Abs. 1 Satz 3 Geschäftsordnung zur Behandlung auf der Herbsttagung der Landessynode 2025 zuzulassen.

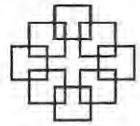
Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode



Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
6. Tagung - 25. Legislaturperiode
20. bis 22. November 2025 in Dessau-Roßlau

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



Entschließung zum Strategiepapier Anhalt 2025

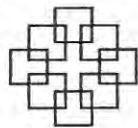
Die Landessynode hat beschlossen,

sich die Kapitel 1 bis 4 des ihr vom synodalen Sonderausschuss „Strategie Anhalt 2035“ als DS 15/25 vorgelegten Textes „Anhalt 2035. Reflexionen und Beschlussvorlagen für die Zukunft unserer Kirche“ als Entschließung zu eigen zu machen und sie als Erörterung der weiteren Anträge des Sonderausschusses „Strategie Anhalt 2035“ gelten zu lassen.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode

Anhang: Inhalt der Entschließung.



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

dass der Ausschuss Gesellschaft-Bildung-Kirchenentwicklung beauftragt wird, gemeinsam mit Vertretenden der Jugendarbeit, kirchlichen Fachstellen und jungen Menschen unserer Kirche Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die insbesondere folgende Bereiche berücksichtigen:

- Gestaltung von Gottesdiensten mit jugendgerechter und zeitgemäßer Liturgie, Musik und Sprache,
- Beteiligungsformate in kirchlichen Entscheidungsprozessen,
- Räume für Diskussion, Zweifel und kreative Ausdrucksformen,
- digitale und hybride Angebote für Glaubenskommunikation und Gemeinschaft,
- Qualifizierung und Begleitung von Haupt- und Ehrenamtlichen im Umgang mit Jugendkultur.

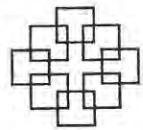
Erste Ergebnisse sollen bis zur nächsten ordentlichen Tagung der Landessynode im Frühjahr 2026 vorgestellt und ggf. in kirchengesetzliche oder administrative Maßnahmen überführt werden.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode

Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
6. Tagung - 25. Legislaturperiode
20. bis 22. November 2025 in Dessau-Roßlau

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



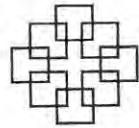
Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen:

Der Landeskirchenrat wird in Abstimmung mit der Kirchenleitung und dem Finanzausschuss mit der Erarbeitung eines kommentierten Stellenplans für das Jahr 2027 und für das Jahr 2035 beauftragt. Beide sollen auf der Frühjahrstagung der Landessynode 2026 beschlossen werden.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen:

Ab sofort muss die Neubesetzung einer unbesetzten oder freiwerdenden Stelle durch die Kirchenleitung mittels einer gesetzesvertretenden Verordnung genehmigt werden. Die Arbeit in den Gemeinden mit multiprofessionellen Teams dient bei der diesbezüglichen Entscheidung als oberstes Kriterium. Die Stellen müssen regional-paritätisch verteilt werden.

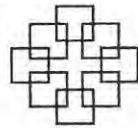
Verbeamtungen sollen nicht mehr stattfinden. Kreisoberpfarrerstellen sollen nicht neu besetzt und bis spätestens 2030 aufgehoben werden. Pfarrstellen werden bis auf weiteres zuerst landeskirchenintern ausgeschrieben.

Unter Berücksichtigung der erwarteten Regression an Mitgliedern und Einnahmen ist auch der Umfang der multiprofessionellen Teams in den Verbünden festzulegen. Alle übrigen Stellen, ihr Erhalt oder ihre Schaffung, sind zu begründen. Oberstes Kriterium ist die Ermöglichung von Kirche im lokalen Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt. Zugleich sind Maßnahmen zu beschreiben, wie dieser Stellenplan auf sozial verträgliche Weise realisiert, wie bereits jetzt darauf hingearbeitet werden kann. Besonders für den Verkündigungsdienst sollen optimale Bedingungen geschaffen werden, die junge Menschen ermutigen, sich als Theologen, Gemeindepädagogen und Kirchenmusiker für den Dienst in der Landeskirche zu entscheiden.

All diese Maßnahmen können nur im Rahmen des geltenden Rechts realisiert werden.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präsident der Landessynode



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

unverzüglich eine **Kommission** zur Erarbeitung einer neuen Kirchenverfassung und zur Revision oder Novellierung damit zusammenhängender Ordnungen und Gesetze der Landeskirche einzusetzen. Die Kommission soll bestehen aus:

- a) drei Synoden, die nicht Mitglied der Kirchenleitung sind und von denen mindestens ein(e) Synodale(r) Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses ist und mindestens zwei nicht in einem hauptamtlichen Verhältnis zur Landeskirche stehen,
- b) der Justiziarin bzw. des Justiziars im Landeskirchenamt,
- c) der Kirchenleitung.

Die Kommission soll über den Status eines Sonderausschusses der Landessynode verfügen.

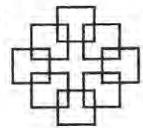
Charakteristisch für die zu erarbeitende und bis 2030 zu verabschiedende Kirchenverfassung sollten folgende Kennzeichen sein:

- kurz und prägnant,
- keine Kirchenkreise mehr,
- maximal fünf Gebietsgemeinden im Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, innerhalb derer es Ortsgemeinden im Status einer Körperschaft des kirchlichen Rechts geben kann,
- eine Synode, in der zwei Drittel Laien sind, alle hauptamtlichen Professionen sowie die kirchlichen Werke und Einrichtungen repräsentiert sind, deren Mitglieder mehrheitlich in keinem Anstellungsverhältnis zur Evangelischen Landeskirche Anhalts und der zu ihr gehörenden Einrichtungen und Werke stehen, und deren Mitgliederzahl höchstens 20 beträgt,
- eine verschlankte Leitungsstruktur, bei deren Gestaltung der Vorschlag unter Punkt 3.3.1 dieses Papiers weitgehend berücksichtigt werden soll,
- Überprüfung von Kirchengesetzen auf Notwendigkeit, Nützlichkeit und Praktikabilität (nach zwei Legislaturperioden).

Zu Kommissionsmitgliedern im Sinne von a) wurden gewählt: - gewählt wurden:
Dr. Klaus George, Holger Heering und Bärbel Spieker.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

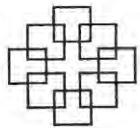
die Kirchenleitung zu beauftragen, so bald wie möglich Gespräche mit anderen Landeskirchen aufzunehmen und Möglichkeiten der Kooperation zu erörtern. Die Kirchenleitung berichtet der jeweils folgenden Tagung der Landessynode über den Stand der Gespräche in geschlossener Sitzung.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode

Landessynode
Ev. Landeskirche Anhalts
6. Tagung - 25. Legislaturperiode
20. bis 22. November 2025 in Dessau-Roßlau

EVANGELISCHE
Landeskirche
Anhalts



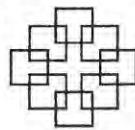
Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

die Kirchenleitung zu beauftragen, in Abstimmung mit dem Kuratorium und dem Vorstand der **Stiftung Evangelisches Anhalt** zu prüfen, inwieweit es sinnvoll und machbar ist, diese Stiftung langfristig zum Träger der Identität der Landeskirche aufzubauen. Dafür ist eine Erhöhung des Stiftungskapitals ebenso zu prüfen wie eine Optimierung ihrer Organisationsstruktur dahingehend, dass sie auch und gerade im Fall der Auflösung der Landeskirche unmittelbar und dauerhaft verfassungsmäßig handlungsfähig bleibt.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode



Beschluss

Die Landessynode hat beschlossen,

die Kirchenleitung zu beauftragen, in Abstimmung mit dem kirchlichen Bauamt und dem Ausschuss Gesellschaft-Bildung-Kirchenentwicklung ein zentrales Gebäude- und Grundstücksmanagement zu installieren. Dabei ist im Hinblick auf Friedhöfe und Grundstücke eine zentralisierte Verwaltung zu etablieren. Bezuglich der Gebäude soll auf der Grundlage von Entscheidungen in den Verbünden eine Klassifikation ermöglicht werden zwischen solchen Versammlungsorten, die von der Landeskirche gefördert werden, Orten, die autonom weiter erhalten und genutzt werden, und Orten, die nicht mehr für kirchliche Zwecke genutzt und unterhalten werden.

Dessau-Roßlau, den 22. November 2025

Andreas Köhn
Präses der Landessynode